

Die neue Betriebssicherheitsverordnung- Anforderungen an in Betrieb befindliche Arbeitsmittel

Dr.-Ing. Reinhard Lux, Köln

Maschinen, Anlagen, Geräte und Werkzeuge - jedes Unternehmen verfügt über eine mehr oder minder große Menge dieser Arbeitsmittel, die z. B. bei produzierenden Unternehmen unmittelbar zur Herstellung vielfältiger Produkte zum Einsatz kommt. Dabei hängen die Beschaffenheitsanforderungen an Arbeitsmittel direkt von der Art des Arbeitsmittels sowie vom Zeitpunkt seines erstmaligen Bereitstellens ab. Mit der ersten Novellierung der Betriebssicherheitsverordnung¹ wurde insbesondere durch diverse Veröffentlichungen der Eindruck erweckt, produktspezifische Anforderungen der Verordnung gelten unabhängig vom Alter des Arbeitsmittels. Hierdurch müssten alle Arbeitsmittel einem einheitlichen Ausrüstungskatalog entsprechen sowie in direkt vergleichbarer Art und Weise betrieben werden.

Eines sei vorweg angemerkt: Weder gelten für alle Arbeitsmittel, ungeachtet ihres Alters, die gleichen aktuellen Anforderungen des Jahres 2015, noch kann der im Einzelfall so „verführerisch“ klingende Bestandsschutz pauschal in Anspruch genommen werden.

Um welches Arbeitsmittel handelt es sich? Mit dieser ersten Frage ist präzise einzugrenzen, welche Rechtsvorschriften ggf. für die Bau- und Ausrüstungsanforderungen des einzelnen Produkts heranzuziehen sind. Während als Grundlage des Bereitstellens, Ausstellens und erstmaligen Verwendens beliebiger Produkte das Produktsicherheitsgesetz² zu beachten ist, gelten für einzelne Arten von Arbeitsmitteln diverse Verordnungen zum Produktsicherheitsgesetz, die jeweils nationale Umsetzungen der entsprechenden europäischen Binnenmarktrichtlinien darstellen.

Diese Binnenmarktrichtlinien gewährleisten inhaltsgleiche Anforderungen an die Beschaffenheit von Arbeitsmitteln in der Europäischen Union und bieten hiermit eine einheitliche Rechtsgrundlage für den Kauf und Verkauf von Produkten in den Mitgliedsstaaten.

Die Anforderungen an aktuell bereitgestellte Arbeitsmittel stellen sich eindeutig dar - generell sind die Vorgaben der Binnenmarktrichtlinien zu berücksichtigen. Bei der Vielzahl aller Arbeitsmittel in Unternehmen handelt es sich jedoch nicht um aktuelle Produkte - die Maschinen oder Anlagen sind vielmehr bereits seit Jahren oder durchaus auch bereits seit Jahrzehnten in Betrieb und werden voraussichtlich auch für weitere Jahre ihre betriebliche Aufgabe erfüllen.

Somit stellt sich die Frage: „Welche Rechtsvorschriften sind zur Beurteilung für „ältere Arbeitsmittel“ heranzuziehen. Ist ein unveränderter weiterer Betrieb zulässig oder sind Anpassungsmaßnahmen mit Blick auf den Stand der Technik erforderlich? Einen ersten Überblick bietet die nachfolgende Abbildung, in der die Anforderungen an Arbeitsmittel nach unterschiedlichem Produktalter und möglichen Umbaumaßnahmen differenziert betrachtet werden. So gelten z. B. für neue, wesentlich veränderte sowie Eigenbaumaschinen die Anforderungen der aktuellen Maschinenrichtlinie - harmonisierte Normen³ zur Sicherheit von Maschinen sollten ebenfalls in der jeweils aktuellen Fassung Berücksichtigung finden.

¹ Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Verwendung von Arbeitsmitteln (Betriebssicherheitsverordnung - BetrSichV vom 3. Februar 2015 (BGBl. I S. 49)

² Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz - ProdSG) vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178, 2179; 2012 I S. 131)

³ Harmonisierte Normen sind europäische Normen für Produkte, die im Auftrag der Europäischen Kommission durch die europäischen Normungsorganisationen erarbeitet werden. Mit Veröffentlichung einer Norm im Amtsblatt der Europäischen Union erhält sie den Status einer Harmonisierten Norm. Mit Anwendung dieser Normen

Für bereits in Betrieb befindliche Arbeitsmittel gelten zunächst die Anforderungen der jeweiligen Binnenmarktrichtlinie in der, zum jeweiligen Baujahr des Arbeitsmittels geltenden Fassung. Im gleichen Sinne können die baujahrspezifischen harmonisierten Normen zur Anwendung kommen.

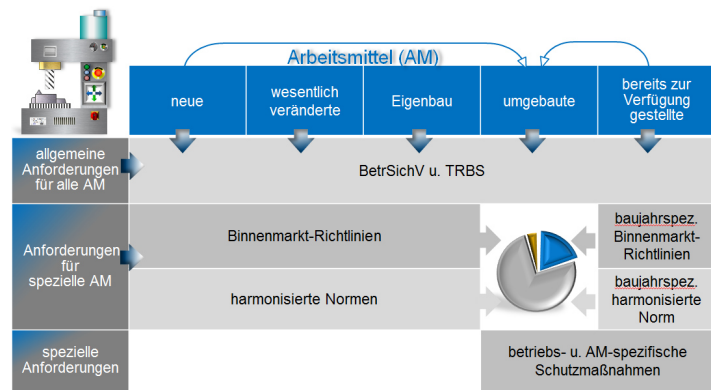
Ungeachtet der grundlegenden Bau- und Ausrüstungsanforderungen an unterschiedliche Arbeitsmittel erhebt die Betriebssicherheitsverordnung die Forderung an den Arbeitgeber, die erforderlichen Schutzmaßnahmen für seine Arbeitsmittel als Ergebnis seiner Gefährdungsbeurteilungen festzulegen (siehe folgende Abbildung). Es reicht somit keineswegs, den ordnungsgemäßen Zustand eines Arbeitsmittels mit seiner Übereinstimmung mit baujahrspezifischen Vorschriften zu begründen.

Die durch die Gefährdungsbeurteilung als erforderlich eingestuft technischen Schutzmaßnahmen und Verwendungsbedingungen des Arbeitsmittels sind im nächsten Schritt entsprechend dem Stand der Technik⁴ umzusetzen.

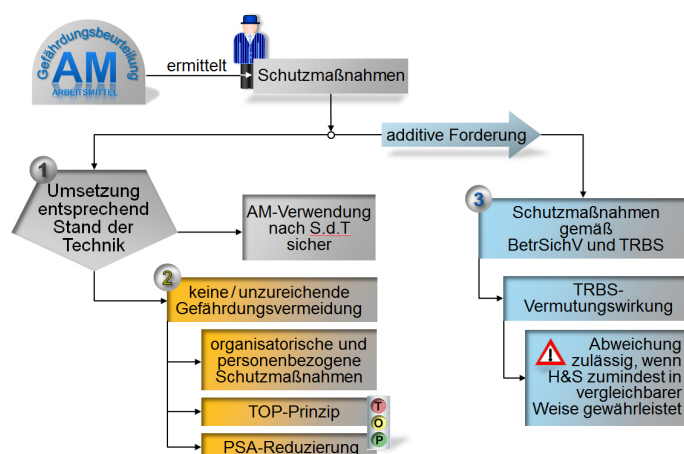
Führt die Umsetzung der Schutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik zu keiner oder nur zu einer unzureichenden Vermeidung bestehender Gefährdungen, hat der Arbeitgeber über ergänzende organisatorische und personenbezogene Schutzmaßnahmen die Sicherheit seiner Beschäftigten zu gewährleisten.

Häufig entsprechen die Schutzmaßnahmen in Betrieb befindlicher Arbeitsmittel nicht dem aktuellen Stand der Technik, da zum Zeitpunkt des erstmaligen Bereitstellens der Produkte in der Regel abweichende Anforderungen im Regelwerk verankert waren. Zwangsläufig stellt sich die Frage, in welchem Umfang eine Nachrüstung bestehender betrieblicher Einrichtungen erforderlich ist oder unter welchen Umständen der unveränderte Weiterbetrieb der Arbeitsmittel vertretbar erscheint.

In Ergänzung der Anforderung zur Realisierung des Standes der Technik fordert die Betriebssicherheitsverordnung die Einhaltung ihrer eigenen Normtextanforderungen unter



Anforderungen an Arbeitsmittel können in Abhängigkeit vom Baujahr und Zustand variieren.



Der Arbeitgeber legt sicherheits- und verhaltenstechnische Maßnahmen für bereitgestellte Arbeitsmittel fest.

bei der Herstellung von Maschinen, gelten die von den Normen erfassten Aspekte der Maschinenrichtlinie gleichzeitig als erfüllt. In diesem Sinne besitzen harmonisierte Normen einen Richtlinien ausfüllenden Charakter.

⁴ Siehe §2 Abs. 10 BetrSichV „Stand der Technik ist der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme oder Vorgehensweise zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherheit der Beschäftigten oder anderer Personen gesichert erscheinen lässt. Bei der Bestimmung des Stands der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen, die mit Erfolg in der Praxis erprobt worden sind.“

gleichzeitiger Berücksichtigung der Technischen Regeln für Betriebssicherheit (TRBS)⁵. Mit der Einhaltung der TRBS gelten die entsprechenden Anforderungen der Verordnung als erfüllt sind. Gleichzeitig ist eine Abweichung der betrieblichen sicherheits- und verhaltenstechnischen Maßnahmen von speziellen TRBS-Lösungen gestattet, sofern hiermit der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten gewährleistet ist.

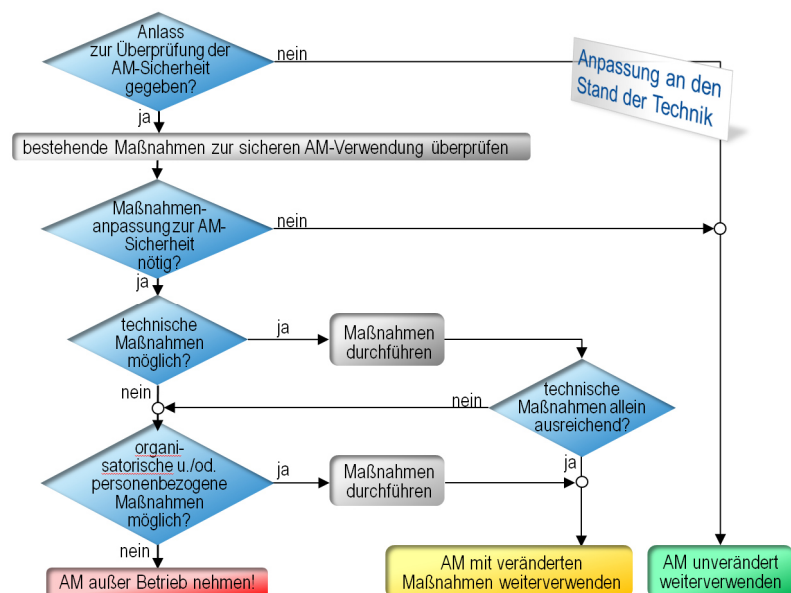
Die neue Betriebssicherheitsverordnung von 2015 ermöglicht somit auch weiterhin den Betrieb älterer, z. T. schon langfristig im Betrieb befindlicher Arbeitsmittel, vorausgesetzt, die im Einzelfall vorliegenden sicherheitstechnischen Einrichtungen und getroffenen Betriebsmaßnahmen bieten einen ausreichenden Schutz für die Beschäftigten.

Ergänzend muss sich der Arbeitgeber die Frage nach einer möglichen Anpassung seiner Arbeitsmittel an den Stand der Technik stellen. Eine Hilfestellung bietet an dieser Stelle die Bekanntmachung BekBS 1114⁶. Eine mögliche Anpassung einer Maschine an den Stand der Technik setzt eine Überprüfung der vorliegenden sicherheits- und verwendungstechnischen Maßnahmen voraus.

Die weitere Vorgehensweise ist in der folgenden Abbildung systematisch dargestellt. Stellt sich eine Maßnahmenanpassung als erforderlich heraus, sind in einem ersten Schritt die Möglichkeiten zu einer technischen Realisierung weitergehender Schutzmaßnahmen zu eruieren.

Ergänzend ist zu bewerten, ob die getroffenen technischen Maßnahmen für sich ein ausreichendes Schutzniveau für die Beschäftigten gewährleisten können. Ist dies gegeben, dürfen die Arbeitsmittel mit den veränderten und/oder ergänzten technischen Schutzmaßnahmen weiter verwendet werden. Reicht die Änderung oder Ergänzung technischer Schutzmaßnahmen für einen ausreichenden Schutz der Beschäftigten nicht aus, sind ergänzende organisatorische und personenbezogene Maßnahmen zu ergreifen. Nur wenn durch diese ergänzenden Maßnahmen kein ausreichendes Schutzniveau erreicht werden kann, ist das Arbeitsmittel außer Betrieb zu nehmen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bereits in Betrieb befindliche Arbeitsmittel nach der Betriebssicherheitsverordnung keiner pauschalen Umrüstung auf den Stand der Technik bedürfen, gleichzeitig jedoch auch kein Anspruch auf einen Bestandsschutz besteht. Es ist vielmehr in Einzelfallprüfungen zu beurteilen, ob ein Umrüstungsbedarf angezeigt und mit welcher Konstellation aus technischen, organisatorischen und persönlichen Maßnahmen die Nachrüstung zum Schutz der Beschäftigten Erfolg versprechend ist.



Möglicher Ablauf der Überprüfung und Anpassung von Maßnahmen zur Sicherheit von Arbeitsmitteln im Sinne BekBS 1114

⁵ Das gesamte TRBS-Regelwerk kann z. B. abgerufen werden unter: www.baua.de/de/Themen-von-A-Z/Anlagen-und-Betriebssicherheit/TRBS/TRBS_content.html

⁶ siehe Bekanntmachungen zur Betriebssicherheit „Anpassung an den Stand der Technik bei der Verwendung von Arbeitsmitteln“ (BekBS 1114); März 2015 - GMBI 2015 S. 331 [Nr. 17/18]